

DGB Region Nordwürttemberg, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart

Herrn
Bernhard Schuler
Oberbürgermeister
Stadt Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

Willi-Bleicher-Str. 20
70174 Stuttgart

Telefon: 0711 2028-235
Telefax: 0711 2028-233

E-Mail: bernhard.loeffler@dgb.de

www.nordwuerttemberg.dgb.de

Abteilung
S

Unsere Zeichen
belö-sb

Datum
18.01.2012

Verweigerung von städtischen Räumlichkeiten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,

sehr verwundert und fassungslos waren wir heute morgen über den Presseartikel "Kein Antifa-Vortrag im Stadtmuseum" in der Stuttgarter Zeitung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kann die Entscheidung der Stadt in keinster Weise nachvollziehen, warum eine Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte mit dem Journalisten Robert Andreasch ein erhebliches Risiko darstellen könnte und warum deswegen der Initiative das Stadtmuseum als Veranstaltungsort verweigert wurde. Robert Andreasch ist Experte auf seinem Gebiet, da er aus eigenen Erfahrungen als Enthüllungsjournalist und von Aufmärschen in der rechten Szene berichtet und somit auch für eine Aufklärung aller Aktivitäten der Naziszenen beiträgt. Wir selbst führten und führen regelmäßig Veranstaltungen mit ihm durch, auch weil er ein bekannter Publizist und fundierter Kenner der Neonazi-Szene ist.

Sicherlich trifft Robert Andreasch bei allen Alt- und Neonazis nicht auf Beliebtheit. Den rechtsradikalen Tätern und Brandstiftern ein Gesicht zu verleihen ist allerdings notwendig, um ernsthaft engagiert gegen rechte Tendenzen vorzugehen. Daher stellt sich der DGB hinter die Entscheidung der Initiative, die Veranstaltung in anderen Räumlichkeiten in Leonberg durchzuführen und wird die Initiative in ihrer Aufklärungsarbeit und bei dieser Veranstaltung unterstützen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass hier Aufklärung über rechtsextremistische Tendenzen aus dem Leonberger Rathaus heraus behindert wird und somit weiter der Nährboden zur Vertuschung rechtsradikaler Umtriebe bereitet wird.

Wir sehen es als die Aufgabe der Stadt an, Sicherheitsvorkehrungen für die Teilnehmer und Referenten der Veranstaltung am 27.01. vorzusehen, diese zu schützen, um mögliche rechtsradikale Übergriffe frühzeitig zu unterbinden. Die Vorkommnisse um den Nazi-Aufmarsch im September 2011 in Leonberg haben deutlich gezeigt, dass die Verheimlichung von Nazi-Aufmärschen, diese Aufmärsche unkalkulierbar machen. Die Bürgergesellschaft hat ein Recht darauf von solchen Aufmärschen zu erfahren, damit sie ihr Recht auf Gegenaktion überhaupt wahrnehmen kann und auch wir unsere Bürgerrechte wahrnehmen können, um zu zeigen, dass die Nazis weder in Leonberg noch sonst wo erwünscht sind.

Gerne bieten wir als DGB an, mit Ihnen und anderen Bürger/innen ein breites Bündnis zu schmieden um Zeichen zu setzen gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Tendenzen, für Toleranz und Völkerfreundschaft.

Viele Grüße

Bernhard Löffler
Regionsvorsitzender